61. Jahrgang No. 33

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 21. Januar 1913

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg u. Sachsen 20 Pf. wöchentlich bzw. 85 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich 90 Pf. und vierteljährlich M. 2.70. — Insertionspreis für die Zeile 50 Pf., Stellenangebote und Gesuche 40 Pf. Kleine Anzeigen: das Wort 5 Pf., jedes fettgedruckte Wort kostet 15 Pf. — Redaktion und Haupt-Expedition: SW, Jerusalemer Strasse 46-49. Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10151-10148.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

Filialen: Prinzenstr. 41, Wiener Str. 1-5, Frankfurter Allee 6-62, Grosse Frankfurter Str. 82, Prenzlauer Allee 84, Schiffbauerdamm 4, Schulzendorfer Str. 27, Badstr. 54, Königstr. 56-57, Kosmarstr. 40, Rathenower Str. 3, Potsdamer Strasse 27, Leipziger Str. 105, Bücherstr. 69; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 24, Schlossstr. 30; Friedenau: Rheinstr. 29; Steglitz: Albrechtstr. 123; Tegel: Berliner Str. 90, Tempelhof: Berliner Str. 104a; Weissensee: Berliner Allee 99; Wilmersdorf: Uhlandstr. 36-39; Brandenburg: Steinstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 5; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Kurze Chronik.

Die Prinzessin Viktoria Margarete von Preußen, die einzige Tochter des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, hat sich gestern mit dem Prinzen Heinrich Reuß XXXIII. verlobt.

In Kassel ist der Oberlandesgerichtspräsident Dr. Leopold v. Hasselt infolge eines Schlaganfalles gestern im Alter von 71 Jahren gestorben.

* Das bulgarische Hauptquartier ist nach Dimotika verlegt worden.

* Näheres im Text des Blattes.

Die Türkei gibt nach.

(Telegraphische Berichte.)

Konstantinopel, 20. Januar.

Die inspirierte türkische Presse bereitet die öffentliche Meinung auf **eine Antwort vor, die der Note der Mächte entgegenkommt.** Die „Jeni Gazeta" hebt hervor, welche großen Schwierigkeiten angesichts der Drohung der Mächte durch eine Ablehnung entstehen würden, und erklärt, es sei in einem solchen Augenblick **nicht geboten, Rechtsprinzipien und Verträge zu prüfen,** die Rettung des Landes sei nur möglich, wenn man mit den Tatsachen rechne und **ohne Zaudern vernunftgemäße Entschlüsse fasse.**

Der „Ikdam" behandelt die Mitteilungen einiger Zeitungen, denen zufolge die Pforte in dem Sinne antworten würde, daß sie sich **von neuem auf ein Handelsgeschäft einlasse,** und erklärt, die Pforte würde durch ein fortgesetztes Nachgeben ihr Prestige verlieren und würde durch ihre Opfer nichts erreichen; die Pforte müßte ernsthaft die politische und militärische Lage berücksichtigen, nicht zaudern, den durch die Umstände auferlegten Opfern zuzustimmen und versuchen, **die von den Großmächten gemachten Versprechungen auszunutzen.**

Die Einberufung des Nationalrats verzögert.

Konstantinopel, 20. Januar. (Privat.)

Der Nationalrat kann frühestens Mittwoch zusammentreten, da der für heute erwartete Ministerrat, welcher die Einzelheiten der Einberufung bestimmen sollte, wegen Unwohlseins des Großwesirs auf morgen verschoben wurde. Die Zahl der Teilnehmer wird etwa hundert betragen.

Es heißt, daß Rußland und Frankreich die Türkei fortgesetzt zum Frieden drängen und sogar bestimmte Drohungen für den Fall eines Widerstandes der Pforte formuliert hätten.

Konstantinopel, 20. Januar.

Hier verlautet, in Trapezunt sowie in anderen Provinzstädten seien ähnliche aufrührerische Plakate gefunden worden, wie sie vor einigen Tagen an hiesigen Moscheen angeheftet worden waren. Eine Durchsuchung aller jungtürkischen Klubs ist angeordnet worden.

Die türkischen Verluste in der Seeschlacht bei Lemnos.

Konstantinopel, 20. Januar.

Ueber die Verluste der türkischen Flotte in dem Seekampf vom Sonnabend liegen noch keine zuverlässigen Angaben vor. Der „Ameroliptos" gibt die Zahl der Verwundeten auf 170 an. Im Marineministerium dagegen wird versichert, es seien nur fünf Offiziere und 75 Mann verwundet und sechs Offiziere und 18 Mann gefallen. Auch über die Beschädigungen der Schiffe ist nichts Zuverlässiges bekannt geworden. Es heißt an amtlicher Stelle, der Schaden sei relativ leicht zu reparieren, und die Flotte werde, unverzüglich zu einer neuen Aktion bereit sein. Andere urteilen weniger optimistisch.

Einigkeit im Balkanbund.

London, 20. Januar.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, wird die nächste Zusammenkunft der Botschafter am Mittwoch stattfinden.

Das Reutersche Bureau ist ersucht worden, die Nachricht, daß Serbien sich dem Anspruch Bulgariens auf Adrianopel widersetzen werde, für unrichtig zu erklären. Die serbischen Delegierten erklären, sie befänden sich mit Bulgarien ebenso wie mit den anderen Balkanstaaten in vollkommener Uebereinstimmung.

Krieg oder Hungersnot.

London, 20. Januar.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat der bulgarische Premierminister Geschow die Delegierten in London ermächtigt, den bulgarischen Oberkommandierenden General Sawow direkt telegraphisch zu ersuchen, die Feindseligkeiten wiederaufzunehmen, wenn sie meinen sollten, daß für den Friedensschluß keine begründete Aussicht mehr bestehe. Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen, daß die Soldaten der Balkanverbündeten bis spätestens zum Februar zur Bestellung ihrer Aecker zurückkehren müssen, da sonst eine Hungersnot unvermeidlich wäre.

Briefmarken zum Regierungsjubiläum des Kaisers werden von der Reichspostverwaltung im Frühjahr zur Ausgabe gelangen. An Stelle der Abbildung der Germania wird die Marke das Kopfbild des Kaisers in mehrfarbigem Druck zeigen. Die Entwürfe werden demnächst dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt werden.

Herr Staatssekretär, es ist Zeit!

Sollen 62 500 Arbeiter brotlos werden?

Im deutschen Holzgewerbe sieht die Lage recht bedrohlich aus. Auch der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat nach dem Scheitern der letzten Verhandlungen die Vertreter seiner Mitglieder in den an der Tarifbewegung beteiligten Orten zu einer Konferenz nach Berlin berufen, um zu dem Abbruch der Verhandlungen und der Aussperrungsdrohung des Arbeitgeberverbandes Stellung zu nehmen. In dem Bericht, den die Verbandsleitung von dieser vertraulichen Konferenz gibt, heißt es:

„Die Holzarbeiter sind fest entschlossen, an der von ihnen geforderten Verkürzung der Arbeitszeit, die in den allermeisten Fällen eine sehr bescheidene ist, sowohl als auch an der vierjährigen Vertragsdauer unbedingt festzuhalten und werden sich von diesem Entschluß auch durch den zum 15. Februar von dem Arbeitgeberschutzverband angedrohten Kampf auf der ganzen Linie nicht abbringen lassen."

Es ist wohl kein Zufall, daß hier die dritte Forderung des Arbeitgeberverbandes, die Regelung der Arbeitsnachweisfrage, nicht erwähnt ist. Diese Frage, in der auch die übrigen an der Bewegung beteiligten Arbeiterorganisationen, der hirsch-Dunckersche Gewerkverein, der Holzarbeiter- und der Christliche Holzarbeiterverband, einen anderen Standpunkt einnehmen als der Deutsche Holzarbeiterverband, schien anfangs die schlimmste Klippe für eine Verständigung zu bilden. Wenn der Deutsche Holzarbeiterverband, wie aus dem Bericht des Vorstandes geschlossen werden könnte, in diesem Punkte nachgibt, so bleiben als Streitfragen nur die von den Arbeitgebern verlangte dreijährige Vertragsdauer und die Ablehnung jeder Arbeitszeitverkürzung in Städten, wo die wöchentliche Arbeitszeit jetzt schon 54 Stunden oder weniger beträgt.

Es könnte auf den ersten Blick verwunderlich erscheinen, daß die Arbeiterorganisation, die sonst eine möglichst kurze Vertragsdauer erstreben, in diesem Falle so energisch die Verkürzung der Vertragsdauer um ein Jahr bekämpfen. Im Holzgewerbe hat das aber seine guten Gründe. Der Arbeitgeberschutzverband hat in seiner Vertragspolitik schon immer auf das Ziel hingearbeitet, ähnlich wie im Baugewerbe, Malergewerbe und Buchdruckergewerbe auch für das Holzgewerbe einen Reichstarifvertrag zu schaffen, der für alle Orte im Reich einheitlich abläuft. Die Arbeiterorganisationen des Gewerbes haben diesem Plane aber immer entgegengearbeitet, weil sie nicht wünschen, daß bei jeder Tarifbewegung gleich die gesamte Mitgliedschaft in den Kampf hineingezogen wird. Die Dinge haben sich nun so entwickelt, daß vier Gruppen von Orten entstanden sind, für die die Verträge gleichzeitig ablaufen. Die Verträge laufen vier Jahre, und in jedem Jahre kommt eine andere Städtegruppe an die Reihe. Die Vertragsgruppe, um die es sich bei der diesjährigen Bewegung handelt, ist die größte sowohl nach der Zahl der Städte als auch nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter, denn sie umfaßt außer Groß-Berlin auch die meisten übrigen Großstädte.

Wenn nun die jetzt ablaufenden Verträge nur auf drei Jahre neu abgeschlossen würden, so würde der Ablauftermin der neuen Verträge mit dem der im vorigen Jahre abgeschlossenen zusammenfallen. Es gäbe dann nur noch drei Vertragsgruppen, und die jetzt in Frage kommende Gruppe würde stärker sein als die beiden anderen zusammen, so daß der vollständige Reichstarifvertrag nur noch eine Frage der Zeit wäre. Daher der Widerstand der Arbeiterorganisationen gegen die dreijährige Vertragsdauer. Wenn sich die Arbeiterorganisationen gegen die zweite Forderung des Arbeitgeberverbandes wenden, wonach für Städte mit 54stündiger Arbeitszeit und darunter jede weitere Arbeitszeitverkürzung ausgeschlossen sein soll, so geschieht dies wohl hauptsächlich deshalb, weil sie sich nicht von vornherein für diese Städte die Forderung der Arbeitszeitverkürzung aus der Hand schlagen lassen wollen. Bei den Tarifverhandlungen ist es natürlich von Bedeutung, wenn eine Partei Forderungen stellen kann, auf die sie verzichtet, wenn sie dafür Zugeständnisse auf anderen Gebieten erreicht. Deshalb ist dieser Punkt des Ultimatums der Arbeitgeber für die Arbeiter wahrscheinlich weniger aus praktischen als aus prinzipiellen Gründen unannehmbar gewesen.

Wer aus früheren Tarifbewegungen im Holzgewerbe und anderen Berufen erfahren hat, wie oft es geschickten Vermittlern gelungen ist, weit größere Differenzen zwischen den Vertragsparteien auszugleichen, der wird zu der Einsicht kommen, daß auch die jetzt zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Holzgewerbes bestehenden Gegensätze keineswegs unüberbrückbar sind. Wenn beide Parteien die Verhandlungen wieder aufnähmen mit dem ehrlichen Willen zur Verständigung, dann müßte sich auch ein Tarifabschluß erreichen lassen, ohne daß vorher 62 500 deutsche Holzarbeiter auf lange Zeit brotlos gemacht werden.

Eigentliche Verhandlungen hat es ja bisher kaum gegeben. Von den Verhandlungen der örtlichen Parteien, die im Dezember vorigen Jahres stattfanden, hat sich wohl kaum jemand einen Erfolg versprochen; sie dienen erfahrungsgemäß nur dem Zweck, daß die Parteien einander „beharchen" können; Arbeitgeber und Arbeitnehmer verlassen sich dabei immer auf die letzte Instanz, die zentralen Verhandlungen. Die materiellen Verhandlungen der zentralen Instanzen kamen aber nicht zustande, weil die Arbeitgeber ihre drei grundsätzlichen Forderungen als Ultimatum vorbrachten und die Arbeitnehmer dieses Ultimatum ablehnten.

Jetzt scheint der Draht zwischen den Vertragsparteien zerschnitten zu sein. Wenn die Parteien nicht zu neuen Verhandlungen zusammenkommen, so ist die Aussperrung unvermeidlich. Weder die Arbeitgeber, noch die Arbeitnehmer werden aus sich selbst heraus neue Verhandlungen anbahnen. Jede Partei fürchtet, das würde vom Gegner als Eingeständnis der Schwäche betrachtet werden. Aus demselben Grunde wird auch keine der Parteien die Vermittelung Unparteiischer anrufen. In der Konferenz der Städtevertreter des Holzarbeiterverbandes ist sogar nach dem offiziellen Bericht des Vorstandes eine gewisse Gegnerschaft gegen das Eingreifen unparteiischer Vermittler geäußert worden, und ähnliche Stimmen sind auch schon vor längerer Zeit im Lager der Arbeitgeber laut geworden.

Muß sich die Allgemeinheit damit abfinden?

Die Aussperrung von 62 500 Holzarbeitern ist eine Sache, die nicht nur die Organisationen des Holzgewerbes angeht. Sie würde unter anderen folgende Städte treffen: Groß-Berlin, Barmen, Beuthen, Bromberg, Braunschweig, Köln a. Rh., Krefeld, Danzig, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Görlitz, Göttingen, Halle a. S., Hannover, Harburg, Hildesheim, Höchst a. M., Kiel, Leipzig, Lübeck, Lüneburg-Uelzen, Magdeburg, München, Oldenburg, Posen, Stettin, Thorn, Greifswald. Unter einer so großen Aussperrung würde das ganze Wirtschaftsleben schwer zu leiden haben. Darüber hinaus würde aber ein umfangreicher Kampf im Holzgewerbe auch die friedliche Entwickelung der gegenwärtigen Tarifverhandlungen im Maler- und Baugewerbe sehr ungünstig beeinflussen und möglicherweise einen wirtschaftlichen Kampf heraufbeschwören, der sich wenig von einer Generalaussperrung sämtlicher baugewerblichen Arbeiter unterscheidet. Die verhängnisvolle Wirkung solcher Kämpfe für die Allgemeinheit liegt auf der Hand.

Dabei würde die Vergeudung von Nationalvermögen in diesem Falle ganz zwecklos sein. Daß die Tarifvertragspolitik im Holzgewerbe durch schwere Kämpfe eingeleitet wurde, war ganz natürlich. Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mußten erst ihre Kräfte messen, um danach das Maß ihres Entgegenkommens zu bestimmen. Ueber diese Zeit ist aber das deutsche Holzgewerbe jetzt hinaus. Man weiß auf beiden Seiten, daß der Gegner über eine starke Organisation verfügt, daß die Friedenszeit im Gewerbe zur weiteren Stärkung der Organisationen ausgenutzt worden ist, und daß deshalb jetzt ein wirtschaftlicher Kampf weit länger dauern würde als früher. Eine Kraftprobe, wer es länger aushält, würde zwar auf beiden Seiten die schwersten Opfer fordern, aber keinem Teile nützen, denn weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer haben ein Interesse daran, die gegnerische Organisation völlig zu vernichten, weil mit der Ausschaltung des Vertragskontrahenten auch die Möglichkeit schwinden würde, durch Tarifverträge die Sicherung der friedlichen Entwickelung des Gewerbes zu gewährleisten. Nach dem Kampf würden sich die Parteien notgedrungen verständigen müssen. Alle die schweren Opfer aber wären ein zu teurer Preis für den kleinen Vorteil, den man vielleicht beim Friedensschluß erreichen würde.

Wir wiederholen deshalb die schon früher an das Reichsamt des Innern gerichtete Aufforderung, rechtzeitig auch in den Kampf im Holzgewerbe vermittelnd einzugreifen, wie dies erfreulicherweise schon im Baugewerbe und im Malergewerbe geschehen ist. Jetzt ist die richtige Zeit dazu gekommen. Wenn die Parteien erst zu neuen Verhandlungen zusammengeführt worden sind, dann wird sich auch eine friedliche Verständigung ermöglichen lassen, denn trotz der kriegerischen Töne, die jetzt in beiden Lagern angeschlagen werden, ist der Wille zur Aufrechterhaltung des Friedens bei den Arbeitgebern wie bei den Arbeitern vorhanden. Der Verlauf der früheren Bewegungen im Holzgewerbe hat das genügend bewiesen.

Der Staatssekretär darf freilich nicht warten, bis ihn die Parteien rufen. Das wird aus den schon oben angeführten Gründen nicht geschehen. Er darf sich auch nicht dadurch abschrecken lassen, daß in den Organisationen erklärt wird, daß ihnen die Vermittelung Unparteiischer „unsympathisch" sei. Vor dem Kriege wird immer Kriegsbegeisterung „markiert", um den Gegner einzuschüchtern.

Auch unsere Anregung wird von den Vertragsparteien des Holzgewerbes — wenigstens öffentlich — sicher nicht mit Jubel begrüßt werden, und wir verstehen, um keine Partei dem Vorwurf der Schwäche auszusetzen, daß wir dazu von keiner der beteiligten Parteien aufgemuntert worden sind. Wir lassen uns dadurch aber nicht abschrecken. Auch der Staatssekretär des Innern sollte sich durch eine kühle Aufnahme seines Vorschlages nicht abhalten lassen, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Holzgewerbes seine Vermittelung geradezu aufzudrängen. Keine der Parteien wird es riskieren, durch die Ablehnung eines solchen Vermittelungsangebots den Vorwurf vor der Oeffentlichkeit auf sich